

Spithead.

Die Flottenparade bei Spithead hat bei unfreundlichem Wetter stattgefunden: Neptun zeigte dasselbe militärische Gesicht wie Mars, dem mehr an ernstem Wassergang als an militärischen Spielereien gelegen ist. Gleichwohl kommen die Seenebel dem Schauspiel nicht Abbruch tun: 175 Einheiten (nach anderer Quelle 196), darunter 10 Schlachtkräfte, Schlachtkreuzer, leichte Kreuzer, 24 Unterseeboote, 88 Torpedobooten und das U-Boot Nr. 1 mit seinem 30,5-Zentimeter-Geschütz bildeten eine 60 Kilometer lange Grenze, die der König unter dem ihm gebührenden Salut durchfuhr, als er die größte Flottenparade der Welt in Friedenszeiten in Gegenwart der zur Londoner Konferenz eingeladenen Delegationen abnahm. Auf sie vor allem sollte die Ansammlung einer so formidablen Seemacht Eindruck machen. Nur einer fehlte dabei, der französische Kriegsminister Rötel, als wollte er damit ausdrücken, daß Frankreich an seiner Prestige-politik festzuhalten gedenke und seinen eigenen Weg gebe wie England, das die Ausrüstungspläne ebenso abschlägt wie den Bau des Kanaltunnels. Es war nicht zu vermeiden, daß Rötel's Abwesenheit zu dem Gericht seiner Demission Anlaß gab, das zwar zusehnst dementiert, immerhin für die Hochspannung der Lage kennzeichnend ist. Würde doch auch der Beauftragte der Parade nachgefragt, es sei damit bezweckt worden, Herrlot von einer Rückreise nach Paris abzuhalten. In Spithead hat sich der britische Peu wieder einmal den Anschein gegeben, als wenn er unbeschränkt wie in früheren Jahren noch als Seebeherrsherr angesehen werden müsse. Nun soll seine Kraft durchaus nicht unterschätzt werden, aber die französische Ausrüstung hat den Sachverständigen in Downing Street schon öfters Kopfschrecken verursacht und den Gedanken nahegelegt, der darin liegenden aggressiven Tendenz mit Abwehrmaßregeln zu begegnen. Sie müssen sich sagen, daß das maritime Gepräge doch der Gefahr ausgeht, durch einen feindlichen Bombenhagel binnen weniger Tage weggefegt zu werden, und deshalb ist es an der Zeit, auf Bündnisse zu sinnen, oder dem drohenden Feind „paktistisch“ zu unterlaufen mittels einer allgemeinen Weltarmerie.

In dieser Richtung bewegt sich auch die Politik Cooldiges, und es wäre wohl möglich unter seiner — nicht unter der des Völkerbundes — Regie zu einer Verständigung zu gelangen. Aber dem stellen sich vorläufig zwei Hindernisse in den Weg, der Chauvinismus in Frankreich und das Wiedererstarken des russischen Kolosseos. Es ist an dieser Stelle bereits auf das Streben Sowjet-Rußlands hingewiesen worden, durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein Heer von ausgebildeten Soldaten auf die Beine zu stellen. Bei einem Angriffe gegen die westlichen Randstaaten von der Ostsee bis zum Ägäischen Meer würde Frankreich die Freiheit seiner Bündnisse im Osten zu genießen haben und hätte dabei sicherlich nicht auf die englische Flotte, die so nett vor Spithead paradiert hat, als Bundesgenossen zu rechnen. Alle schönen Handelsabkommen mit Frankreich und England haben dann nur Russlands wirtschaftliche Ausrüstung gedient, und Woolwich würde alsdann die Waffenschmiede für Moskau werden, eine Aussicht, mit der man sich 1:2 auch wohl am Quai d'Orsay beschäftigen dürfte. Zwischen läuft die Londoner Konferenz weiter und legt der Unnachgiebigkeit der Franzosen den Appell zum Angriff. Ginge die Konferenz resultlos auseinander, so wäre die Isolierung Frankreichs in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht höchst wahrscheinlich die Folge, und wenn man in Paris auch die verslopene Flottenparade nur als belanglose Geste betrachten mag, so darf man den Zusammenschluß der auf einen Weltfrieden hoffenden Mächte nicht auf die leichten Schulter nehmen.

Dementsprechend scheint sich Herrlot eingestellt zu haben, indem er den Plan seines Gegners, die Konferenz durch Teilung des Arbeitsgebietes nach politischen und nach finanziellen Gesichtspunkten zu spalten, mit der Erlösung abschwieg, solche Machenschaften werde er nicht unterstützen. Er darf dabei auf den Bestand MacDonalts und Theunis' rechnen. Allerdings widerspricht diese Darstellung der Sache einer anderen, wonach der französische Premierminister alles daran sehe, um den angelsächsischen Bankkonzernen zu sprengen. Geht ihm dies nicht, und das scheint der Fall zu sein, dann muß er den Wurf wagen und sich eine Mehrheit in der Kammer zu sichern versuchen. Wird ihm dabei in den Rücken gefallen und stürzt er, dann stürzt auch sein Kabinett,

und Rötel wird in Paris die Antwort auf die Frage geben, warum er der Flottenparade ferngeblieben ist. Seine Haltung, für die bis jetzt eine authentische Erklärung nicht vorliegt, bezeugt alsdann, daß sie in London eine schleichende Kabinettsfrage angesponnen hatte. Die nächsten Tage werden darüber Licht verbreiten. M. D.

Die militärische Ruhräumung

Die deutsche Regierung versucht mit größter Ausführlichkeit die Informationen, wonach Herrlot die militärische Räumung des Ruhrgebietes zu bewilligen bereit ist, wenn dafür Frankreich gewisse Kompensationen auf anderen Gebieten gewährt werden. Herrlot fordert nach den vorliegenden Nachrichten von England ein größeres Entgegenkommen in der Schuldfrage, von Deutschland dagegen den Abschluß eines französisch-deutschen Handelsvertrages mit günstigen Bedingungen für die französische Industrie.

Im Auswärtigen Amt ist man der Ansicht, daß der letztere Weg für Deutschland gangbar wäre, vorausgesetzt natürlich, daß dieser Handelsvertrag so abgeschlossen würde, daß für die deutsche Wirtschaft dabei keine schwerwiegenden Nachteile entstünden. Man betrachtet dieses Entgegenkommen als einen ersten begrüßenswerten Schritt in der Richtung der Räumung des Ruhrgebietes und hofft, daß England sich bereitfinden wird, Frankreich bei seinen Forderungen nach dieser Richtung so weit wie möglich entgegenzutun, um Herrlot seinen innerpolitischen Gegnern gegenüber die Verfechtung seines Standpunktes zu erleichtern.

Die Reichsregierung beabsichtigt auf Grund dieser Nachrichten, sich mit den wirtschaftlichen Sachverständigen Deutschlands und vor allem den Vertretern der Industrie noch vor der Übereise nach London zu besprechen, um bereits gewisse Richtlinien mitzunehmen, die für die Versprechungen des zukünftigen Handelsvertrages ein nützliches Material abgeben könnten, möglicherweise wird sich auch die deutsche Delegation von sachverständigen Industriellen und Finanzleuten nach London begleiten lassen, um möglichst schnell das erforderliche Material zur Vervollständigung dieser Angelegenheit beschaffen zu können.

Nach Londoner Meldungen stellt sich der sogenannte Umschwung Herrlots in der Ruhrfrage als ein

Kaufgeschäft zwischen Ramsey MacDonald und Herrlot dar, das sich kurz auf folgende Formel bringen läßt: Erstens: englisches Zugeständnis:

Die französische Auffassung in der Verfehlungs- und Sanktionsfrage wird anerkannt. Als Grundlage der Regelung dient der Theunis'sche Vorschlag, wonach die Reparationskommission die Mitteilungen der finanzsachverständigen einzuhören hat. Frankreich behält also sein angebliches Recht auf Sonderaktionen, wobei von Herrlot offenbar versichert wird, daß es sich nur um ein theoretisches Recht handele, von dem er niemals Gebrauch machen werde.

Falls sich England mit Frankreich auf dieser Grundlage verständigt, so würde das natürlich in sich schließen, daß es seine bisherige Auffassung von der Unrechtmäßigkeit aller Sanktionen fallen läßt.

Zweitens: französisches Zugeständnis:

Herrlot willigt ein, daß Deutschland zur Konferenz geladen wird und daß es freie Diskussion erhält, soweit es sich um die Durchführung der wirtschaftlichen Räumung handelt. Herrlot willigt ferner ein, daß über eine baldige militärische Räumung der Ruhr zwischen den alliierten Regierungen einerseits sowie zwischen den beiden Besatzungsmächten und Deutschland andererseits Verhandlungen beginnen.

Soweit sich dieses Kompromiß bisher überblicken läßt, scheint es ein ziemlich gleichmäßiges Geschäft zu sein. Das Kompromiß scheint im übrigen auch noch neue Elemente zu enthalten, darunter auch wahrscheinlich unvermeidbare Versprechungen über amerikanische Kredite in Frankreich. Zu diesem Punkte kann man, wie gesagt, der Ansicht sein, daß es sich um ein gleichmäßiges Kaufgeschäft handele. Der wirtschaftliche Ruhrhandel fängt erst an, wenn Herrlot einen feinen Unterschied zwischen der theoretischen und prakti-

chen Räumung macht. Theoretisch ist er, wie gesagt, bereits einverstanden, aber in der Praxis verlangt er noch besondere Gegenleistungen, sowohl von den Alliierten wie von Deutschland. Bei den Alliierten, d. h. bei den Engländern, handelt es sich natürlich um die Schuldenfrage, was aber die deutsche Regierung anbetrifft, so soll sie für die militärische Räumung keinen geringeren Preis zahlen, als den Abschluß eines wirtschaftlichen Vertrages mit Frankreich, der die Forderungen der französischen Industrie, und zwar besonders in Elsaß-Lothringen, voll befriedigen soll.

Die Bank für Industrieobligationen.

Das „Echo de Paris“ veröffentlicht nähere Einzelheiten über den neuen deutschen Gesetzentwurf betreffend die Industrieobligationen, der jenen seitens der Regierung der Reparationskommission zugelassen worden sei.

Alle deutschen industriellen Firmen, die nicht als 50 000 Mark Kapital haben, müssen die Last der neuen Obligationen tragen. Die Großindustrie, umfassend Stahl, Eisen und Kohle, ist mit 20 Prozent verpflichtet, die Maschinenfabriken und elektrischen Werke mit 17 Prozent, die chemischen Fabriken mit 8 Prozent. Die Textilindustrie soll mit 17 Prozent belastet werden. Die Gesamthöhe der ausgegebenen Obligationen beträgt 100 Milliarden Goldmark. Alle Obligationen werden ausgegeben von einer neuen Bank, der Bank für Industrieobligationen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern: vier Ausländern, drei Mitgliedern der Reparationskommission und sieben deutschen Delegierten, von denen vier offizielle Vertreter der Reichsregierung sind. Diese 14 Mitglieder wählen einen Präsidenten, der mindestens zehn Stimmen auf sich vereinigen muß. Ein besonderer Kommissar wird auf die Dauer von fünf Jahren von der Reparationskommission ernannt.

Die deutsche Regierung hofft für sämtliche Obligationen, Zinsen und Amortisation. In § 9 heißt es: Wenn die Zinsen oder die Amortisation nicht bezahlt werden, kann der Kommissar von seinen besonderen Rechten Gebrauch machen, er kann nach einem Monat Vergang die notwendigen Summen von den Steuererlösen des Reiches vorweg erheben. Die deutsche Industrie wird dann die vom Reich verausgabten Summen zurückzuerstatten haben. Für die Dauer von fünf Jahren wird außerdem ein von der deutschen Regierung und der Reparationskommission gewählter besonderer Schiedsrichter ernannt, der alle Streitigkeiten zu schlichten hat, die zwischen der Reparationskommission, dem Kommissar, der Reichsbank und der Bank für Industrieobligationen entstehen. Können sich also die Reichsregierung und die Reparationskommission auf die Wahl eines Schiedsrichters nicht einigen, so soll er vom Präsidenten des internationalen Schiedsgerichts im Haag ernannt werden.

Der Kommissar überwacht besonders die Tätigkeit der Bank und hat das Recht, die Obligationen bis zu 50 Prozent zu verkaufen.

Die russische Misere.

Die Leitung der russischen Kommunistischen Partei hat einen Appell an alle Volksorganisationen gerichtet, welche Waffungen für die Bekämpfung der Folgen der Misere enthält. Die Trockenheit hat die Hoffnung auf eine gute Ernte erheblich verringert und in einigen Territorien geradezu eine Misere verursacht. Davon sind betroffen: das mittlere und südliche Wolga-gebiet, ein bedeutender Teil Südsibirien, insgesamt etwa sechs bis sieben Millionen Einwohner. Auf dem Programm der russischen Regierung befindet sich die Gewährung von 30 Millionen Goldrubel zur Versorgung der Bauernschaft mit Getreidehaat, die Gewährung einer Anleihe von 300 Millionen Goldrubel unter Verpfändung des Viehs, die Gewährung von 20 Millionen Goldrubel zur Versorgung der Bevölkerung mit Getreide, von welchen 14 Millionen für die Erwachsenen bestimmt sind, und zwar in der Weise, daß ihnen Beschäftigung bei den öffentlichen Arbeiten verschafft wird, und sechs Millionen für die Kinder, welche bisweilen nicht aus-

